

Der Erfolg hat viele Täter

Vier Jahre nach dem Ende der Ben-Ali-Diktatur wählten die Tunesier ein neues Parlament. Alle Welt verlangt von ihnen nun, ein Leuchtturm in Sachen Freiheit und Demokratie zu werden. Kann das Land diesem Anspruch gerecht werden?

VON JOHANNE KÜBLER UND ILYAS SALIBA

I

In einem Fernsehinterview räumte Rachid Ghannouchi seine Niederlage ein. »Das tunesische Volk hat mit den Parlamentswahlen ein klares Zeichen gesetzt: Es will eine nationale Einheitsregierung, keine Regierung einer einzigen Partei«, sagte er dem Sender *Al-Jazeera* am 12. November 2014. Der Anführer der islamisch-konservati-

ven Ennahda-Partei wollte dem Wahlergebnis aber auch etwas Gutes abgewinnen: »Tunesien hat die Ehre, die arabische Welt in einer neue Ära zu führen, wie es die französische, englische und amerikanische Revolution für den Westen getan haben. Es ist die Ära der Demokratie.«

Diese Aussagen sind weit entfernt von westlichen Befürchtungen, islamische Regierungen würden eine Wahniederlage nicht akzeptieren und einen demokratischen Machtwechsel verhindern – oft verkürzt auf den griffigen Slogan »One man, one vote, one time.« Knapp vier Jahre nach dem Beginn der Demonstrationen, welche die Region erschütterten, wurde in Tunesien der erste friedliche Machtwechsel in die Wege geleitet: Die Bürger haben die Regierungskoalition um Ennahda abgewählt. Seine Partei, führte Ghannouchi fort, verstehe sich momentan als Teil der Opposition – aber ohne die Absicht, die Regierung scheitern zu lassen, wie man es mit Ennahda getan habe.

TUNESIEN IM ÜBERGANG
DIE WICHTIGSTEN
EREIGNISSE
VON 2010 BIS 2014

2008

In der südlichen Minenregion Tunesiens protestieren Tausende gegen hohe Arbeitslosigkeit, unfaire Arbeitsplatzvergabe und steigende Lebenshaltungskosten. Drei Menschen sterben bei der Auflösung der Demonstrationen.

AUGUST 2010

Die Grenze nach Libyen wird geschlossen, um Schmuggel zu unterbinden. Die Familie von Präsident Zine el-Abidine Ben Ali wird verdächtigt, den Schmuggel kontrollieren zu wollen. Demonstrationen dagegen werden niedergeschlagen.

3. MÄRZ 2010

Abdeslem Trimech verbrennt sich in Monastir öffentlich mit Benzin, nachdem ihm die Arbeit als Straßenverkäufer verboten wurde. Der Fall erhält kaum mediale Beachtung.

17. DEZEMBER 2010

In der Provinzstadt Sidi Bouzid übergießt sich Mohamed Bouazizi aus Protest mit Benzin und zündet sich an. Die Polizei hatte seine Ware konfisziert und ihn geschlagen, seine Proteste bei der Regionalverwaltung blieben erfolglos. Bei Youtube und am selben Abend auf Al-Jazeera erscheinen Videos spontaner Demon-

strationen; diese weiten sich binnen zehn Tagen auf das ganze Land aus, es kommt zu Zusammenstößen mit Sicherheitskräften. Nachdem Ben Ali die Proteste zunächst zu ersticken versucht, besucht er schließlich Bouazizi im Krankenhaus, droht den Demonstrierenden – und baut das Kabinett um.



Der Wandel kam von unten: Das Unabhängigkeitsdenkmal auf der Place de la Kasbah in Tunis aus der Graswurzel-Perspektive.

Darin schwingt freilich Verbitterung mit. Denn die letzten vier Jahre waren alles andere als harmonisch. Der klare Wahlsieg, den Ennahda im Oktober 2011 einfuhr, bei der ersten freien Wahl nach dem Umsturz, hatte mehrere Ursachen. Die starke Verwurzelung der Partei in den Regionen, ihr Nimbus als unter Zine el-Abidine Ben Ali politisch verfolgte Organisation und nicht zuletzt die stärkere öffentliche Präsenz der Religion trugen alle ihren Teil zu Ennahdas »Wiedergeburt« bei. Zudem waren Politiker der aufgelösten Partei Ben Alis, der »Konstitutionellen Demokratischen Sammlung« (RCD), von dieser Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung ausgeschlossen worden.

Bald nach der Revolution lähmten Streiks, Attentate und Zusammenstöße radikaler Islamisten mit dem Militär das Land

Doch die Freude über den Wahlsieg währte nicht lang. Streiks, drei politische Morde und Zusammenstöße gewalttätiger islamistischer Gruppen mit dem Militär lähmten das Land in den kommenden Jahren zunehmend. Demonstrationen im Landesinnern eskalierten in Straßenschlachten mit den Ordnungskräften, bei denen zahlreiche Menschen durch Schrotkugeln verletzt wurden. Hinzu kamen Demonstrationen in der Hauptstadt gegen von Ennahda eingebrachte Verfassungsentwürfe, die den Status der Frau von »gleichberechtigt« zu »komplementär« verändern wollten. Ein beispielloses Gefühl von Unsicherheit verbreitete sich in weiten Teilen der Gesellschaft. Bis dato war massive politische Gewalt in Tunesien unbekannt gewesen.

4. JANUAR 2011

Bouazizi stirbt. Tausende Anwälte streiken. Polizisten eröffnen das Feuer auf Demonstranten, in den Tagen darauf werden Blogger und Aktivisten verhaftet. An der algerischen Grenze erschießt die Polizei sechs Demonstranten, in der Region Kasserine sterben zwölf Menschen.

13. JANUAR 2011

Ben Ali sagt in einer Rede: »Genug des Schießens mit scharfer Munition!« Oppositionelle dürfen im Fernsehen auftreten, blockierte Websites werden zugänglich. Am Folgetag findet der erste Massenprotest in Tunis statt. Ben Ali ruft den Ausnahmezustand aus, entlässt die Regierung und kündigt Wahlen an, nur um we-

nige Stunden später mit seiner Familie nach Saudi-Arabien zu fliehen. Das Verfassungsgericht bestimmt Parlamentssprecher Fouad Mebazaa geschäftsführend zum Präsidenten. Übergangspräsident wird Mohamed Ghannouchi; er bildet eine »Einheitsregierung« – besetzt jedoch wichtige Ämter mit Gefolgsleuten Ben Alis.

18. JANUAR 2011

Demonstranten fordern die Entmachtung der Regierungspartei, des Rassemblement Constitutionnel Démocratique (RCD). Die amtierenden Minister treten aus der Partei aus, behalten aber ihre Posten.

31. JANUAR 2011

Der Anführer der islamischen Ennahda-Bewegung, Rachid Ghannouchi, kehrt nach 21 Jahren im britischen Exil zurück und wird von einer Großkundgebung begrüßt.

27. FEBRUAR 2011

Interimspräsident Mebazaa ernannt Béji Caïd Essebsi zum Ministerpräsidenten, nachdem Mohamed Ghannouchi auf Druck der Demonstrationen zurückgetreten ist. Essebsi beruft Minister, die nicht unter Ben Ali gedient hatten. Die Geheimpolizei wird aufgelöst.

Unruhe verbreiteten auch Nachrichten wie diejenige vom Juli 2013, dass die Al-Qaida-nahe Dschihad-Gruppe Ansar al-Scharia (*siehe zenith 5/2014*) bei einem Anschlag auf einen Militärstützpunkt im Westen des Landes vier Soldaten getötet und weitere verletzt hatte. Mittlerweile stellen auch Tunesier mit mindestens 5.000 Kämpfern die mit Abstand größte Gruppe der ausländischen Kämpfer der Terrororganisation »Islamischer Staat« (IS). Da mit dem tunesischen Personalausweis eine visafreie Einreise in die Türkei möglich ist, liegt die Dunkelziffer vermutlich noch höher. Laut dem Innenministerium sind bereits 400 der Kämpfer nach Tunesien zurückgekehrt. Houssam, ein junger, arbeitssuchender Universitätsabsolvent aus einem Arbeiterviertel der Hauptstadt, erzählt beim Tee ganz offen: »Jeder hier kennt jemanden, der sich IS angeschlossen hat, um in Syrien zu kämpfen.« Die grassierende Jugendarbeitslosigkeit und die wenig rosige wirtschaftliche Entwicklung des Landes sind Nährboden für religiösen Extremismus.

Eine Folge der angespannten Sicherheitslage ist, dass jegliche Stimmen für eine Reform des Sicherheitsapparates ungehört verhallen. Dabei war es eben dieser Apparat, der im Polizeistaat Ben Alis die systematische Repression ausübte und das Rückgrat des Regimes bildete. Einem Beobachter der Vertretung der EU in Tunis zufolge »schließt sich das Zeitfenster für umfassende Reformbemühungen im Sicherheitssektor bereits«. Obwohl vier Jahre nach dem Sturz Ben Alis Polizeigewalt nicht mehr politisch gezielt ausgeübt wird, ist systematische Gewalt im täglichen Umgang mit Gefangenen immer noch an der Tagesordnung, wenn man Menschenrechtsorganisationen Glauben schenkt.

Auch Journalisten werden immer wieder an ihrer Arbeit gehindert. Aber diese Menschenrechtsverletzungen werden selten zur Anzeige gebracht, weil die Geschädigten sich scheuen, mit dem Justizapparat in Berührung zu kommen. Auch die Aufarbeitung der Gewalt während des Umbruchs und in den Jahren zuvor steht noch am Anfang. Eine Übergangsjustiz wird jedoch nicht von allen Akteuren gutgeheißen. So ließ der Anführer des Wahlgewinners »Nidaa Tounes« (»Ruf Tunesiens«) und mögliche neue Präsident Béji Caïd Essebsi verlauten, daran gebe es kein Interesse. Man solle sich lieber auf die

Lösung der politischen und sozialen Probleme konzentrieren. (*Siehe auch Interview Seite 26.*)

Dass die nicht so einfach zu beseitigen sind, wurde in den Jahren nach der Revolution immer deutlicher. Die sich ausbreitende Unsicherheit erhöhte den Druck auf die seit Ende 2011 regierende Dreierkoalition, die aus Ennahda, dem linksliberalen Mottamar von Präsident Moncef Marzouki sowie der sozialdemokratischen Ettakatol bestand. Insbesondere die Islamisten der die Koalition dominierenden Ennahda wurden von den Medien für die Gewalt und die fehlende wirtschaftliche Erholung verantwortlich gemacht. Die Regierungen unter den Ministerpräsidenten Hamadi Jebali und Ali Larayedh hielten nur 14 beziehungsweise 10 Monate: Jebali trat kurz nach dem tödlichen Attentat auf den linken Politiker Chokri Belaïd im Februar 2013 zurück. Larayedhs Regierung musste im Januar 2014 nach monatelanger Krise einem Übergangskabinetts aus parteilosen Technokraten weichen. Vorausgegangen war wiederum ein politischer Mord an einem linken Politiker, Mohamed Brahmi, im Juli 2013.

Die folgende, von Mehdi Jomaa geführte Regierung wurde nach monatelangen Verhandlungen unter Federführung der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände eingesetzt. Sie bleibt im Amt, bis aus den jüngsten Parlamentswahlen eine neue reguläre Regierung hervorgegangen ist. Da die Parlaments- und Präsidentenwahlen um einen Monat versetzt stattfanden und der Wahlkampf durch eine Polarisierung zwischen Ennahda und Nidaa Tounes charakterisiert war, ist mit einer Regierungsbildung nicht vor Anfang 2015 zu rechnen.

Nidaa Tounes, ein Sammelbecken für Liberale, Sozialdemokraten, aber auch ehemalige Mitglieder der Ben-Ali-Partei RCD, die vor allem ihre Abneigung gegenüber Ennahda eint, hat nun die Parlamentswahl Ende Oktober 2014 klar für sich entschieden (*siehe rechte Seite*). Die von Wahlbeobachtern der EU wie auch der Afrikanischen Union als glaubwürdig, frei und transparent gewürdigten Wahlen bedeuten einen weiteren Schritt Richtung Demokratie. Wegen Terrorwarnungen wurden am Wahlwochenende nicht nur in Tunis Militärcheckpoints eingerichtet, sondern auch rund 80.000 Sicherheitskräfte waren am Wahltag im Einsatz. Dazu zeigten

Das Zeitfenster für tief greifende Reformen im Sicherheitsapparat schließt sich langsam, aber sicher

9. MÄRZ 2011

Ein Gericht in Tunis verfügt die Auflösung des RCD. Gegen Ben Ali und seine Ehefrau Leïla Trabelsi wird das erste einer Serie von Gerichtsverfahren eröffnet, unter anderem wegen Totschlags und Diebstahls großer Mengen Gold und Bargeld. Er wird zu mehreren lebenslangen Haftstrafen verurteilt, doch Saudi-Arabien verweigert die Auslieferung.

15. MÄRZ 2011

Das parteiübergreifende »Komitee zur Erreichung der Revolutionsziele« wird von der Regierung Essebsi für sechs Monate geformt. Das Komitee bestellt ein Wahlaufsichtsgremium und beschließt Regeln für die Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung.

MAI/JUNI 2011

Es kommt zu schweren Zusammenstößen bei Demonstrationen gegen die Interimsregierung, eine nächtliche Ausgangssperre wird erlassen. Die Demonstranten skandieren: »Das Volk will eine neue Revolution!« In der Bergbaustadt Metlaoui in Südtunesien gibt es elf Tote und über 100 Verletzte bei heftigen Zusammenstößen wegen ungerechter Jobvergabe.

10. OKTOBER 2011

Auf den TV-Sender Nessma wird ein Brandanschlag verübt. Nessma hatte den französisch-iranischen Film »Persepolis« ausgestrahlt, der aus Sicht einiger Tunesier den Islam beleidigt. Tausende demonstrieren daraufhin für Meinungsfreiheit und Säkularismus. Auf anderen Demonstrationen wird gefordert, das Verbot des Gesichtsschleiers an Universitäten aufzuheben.

23. OKTOBER 2011

Bei der Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung erhält Rachid Ghannouchis Ennahda-Partei 37 Prozent der Stimmen. Der liberale Mottamar erhält 8 Prozent, die sozialdemokratische Ettakatol 7 Prozent. Die Wahlbeteiligung liegt bei 52 Prozent.

12. DEZEMBER 2011

Der Menschenrechtsaktivist Moncef Marzouki wird für ein Jahr zum Präsidenten gewählt. Er ernennt den Ennahda-Politiker Hamadi Jebali zum Premierminister. Vier Tage darauf beschließt die Verfassunggebende Versammlung ein Grundgesetz, das den Aufbau der Regierung regelt und die Gewaltenteilung und Menschenrechte garantiert, bis eine neue Verfassung in Kraft tritt.

SITZVERTEILUNG PARLAMENT

DIE WICHTIGSTEN PARTEIEN IM TUNESISCHEN PARLAMENT

NIDAA TOUNES



Gegründet im April 2012 als wirtschaftsliberale Sammelbewegung aus einem breiten Spektrum politischer Kräfte, von Gewerkschaftern über Linke bis zu Funktionären der Partei des ehemaligen Diktators Ben Ali. Unter dem 88-jährigen Béji Caïd Essebsi stellte der »Ruf Tunesiens« sich als einzige effektive Alternative zu Ennahda dar.

ENNAHDA

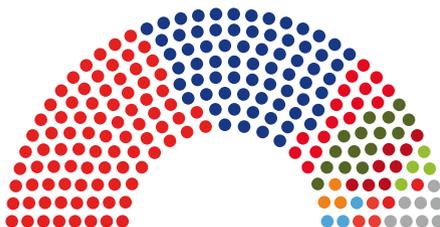


1981 als »Bewegung der Islamischen Tendenz« gegründet. Ihre Anhänger waren unter Ben Ali im Untergrund, im Exil oder zu Gefängnisstrafen verurteilt. In der Verfassungsgebenden Versammlung stellte die »Wiedergeburt« die relative Mehrheit und bildete mit Hilfe zweier kleinerer, säkularer Parteien die Regierung.

FREIE PATRIOTISCHE UNION



Die im Mai 2011 vom Milliardär und Fußballclubbesitzer Slim Riahi gegründete Partei ist im politischen Spektrum mittig-rechts zu verordnen. Sie steht für populistische Rhetorik, Wirtschaftsliberalismus und Säkularismus und will günstige Investitionsbedingungen für ökonomische Großprojekte.



217

●	Nidaa Tounes	86
●	Ennahda	69
●	Freie Patriotische Union	16
●	Volksfront	15
●	Afek Tounes	8
●	Kongress für die Republik	4
●	Demokratische Strömung	3
●	Initiative	3
●	Volksbewegung	3
●	Strömung der Liebe	2
●	andere	8

VOLKSFRONT



Im Oktober 2012 als Bündnis aus neun Parteien links der Sozialdemokratie sowie unabhängigen Gruppen und Einzelpersonen gegründet. Die »Volksfront« steht für eine progressivere Steuerpolitik und mehr staatliche Regulierungen. Die Morde an ihren Politikern Chokri Belaïd und Mohamed Brahmi trafen das Bündnis schwer und trieben Hunderttausende auf die Straßen.

AFEK TOUNES



Im März 2011 gegründet, gingen die »Perspektiven für Tunesien« 2012 in einem Parteibündnis auf, gründeten sich aber 2013 wieder neu. Die Parteigarde besteht aus Unternehmern, die eine umfassende Steuerreform und die Förderung individueller Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen fordern.

PRÄSIDENT, PREMIER UND PARLAMENT

Die im Januar 2014 verabschiedete Verfassung hat in Tunesien eine semipräsidentielles Republik eingeführt. Bis dato war das politische System des Landes, wie das der meisten arabischen Staaten, strikt präsidentiell gewesen: Trotz nomineller Gewaltenteilung dominierte das Staatsoberhaupt faktisch alle Bereiche. Ennahda hatte sich für die Einführung eines parlamentarischen Systems stark gemacht, doch am Ende stand als Kompromiss eine Mischform. Die Exekutive teilen sich demnach der Präsident und der Ministerpräsident, wobei der direkt gewählte Staatspräsident für die Verteidigungs-, Außen- und Sicherheitspolitik zuständig ist, in Absprache mit dem Regierungschef. Er dient als Oberbefehlshaber, ernennt Diplomaten und besetzt die höchsten Dienstposten der Streitkräfte. Der Regierungschef ist für die allgemeine Politik des Landes zuständig, er ist dem Parlament gegenüber verantwortlich. Das Parlament kann im Falle eines Verfassungsbruchs den Präsidenten stürzen und der Regierung ein Misstrauensvotum stellen. Außerdem wurden die Rechte der Opposition im Parlament gestärkt.

Zigtausende freiwillige tunesische und internationale Wahlbeobachter in nahezu allen Wahllokalen Präsenz.

Im Verhältnis zur angespannten Sicherheitslage war die Wahlbeteiligung mit über 69 Prozent der registrierten Wähler hoch. Allerdings kamen im Vergleich zu 2011 eine Million weniger Bürger an die Wahlurnen. Bemerkenswert ist die hohe Zahl an Proteststimmen: Insgesamt 3 Prozent der Stimmzettel waren leer und weitere 2 Prozent ungültig. Zum Vergleich: Bei der deutschen Bundestagswahl 2013 machten leere und ungültige Stimmen zusammen durchschnittlich nur 1,6 Prozent der Stimmen aus. Unter den Protestwählern werden viele junge Menschen vermutet; wie Selim, ein gutsituierter junger Mann aus Tunis. Er, der sich 2011 aktiv an den Protesten beteiligt hat, erklärt: »Ich habe ein großes Kreuz über den Wahlbogen gemacht und ›Schmierkomödie‹ auf den Wahlzettel geschrieben. Ich wollte wählen gehen, aber die Parteien, die zur Wahl standen, haben kein Programm, keine Vision und keine Werte.«

In der Tat war im Wahlkampf wenig von langfristigen Reformprojekten die Rede. Stattdessen versprachen die Parteien pauschal, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Bisweilen warben sie auch mit konkreten materiellen Zuwendungen für sich: So stellte die Partei des Millionärs Hechmi Hamdi, »Strömung der Liebe«, eine kostenlose Krankenversicherung für Bedürftige, eine Prämie von umgerechnet 100 Euro pro Monat für Arbeitssuchende und die kostenlose Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Rentner in Aussicht. Die Partei erreichte zwei Sitze im Parlament.

Die öffentliche Debatte war aber vom Gegensatz zwischen Ennahda und Nidaa Tounes dominiert. Vielen Tunesiern ging es darum, durch eine strategische Wahl eine Mehrheit von Ennahda zu verhindern. Da die Partei des charismatischen Béji Caïd Essebsi als einzige dazu in der Lage zu sein schien, Ennahda ernsthaft Konkurrenz zu machen, konnte sie viele Stimmen des säkularen Lagers auf sich vereinen. Das Wahlergebnis ist somit weniger ein Wahlsieg von Nidaa Tounes als eine Ohrfeige für die bisherigen Regierungsparteien Ennahda, Mottamar und Ettatakol zu verstehen. Letztere, für die bisher 20 Abgeordnete in der Nationalversammlung saßen, konnte nicht einen einzigen Sitz erringen und ist somit nicht im neuen Parlament vertreten.

Der klare Sieg von Nidaa Tounes legt aber auch nahe, dass viele Tunesier in Auftreten und Themensetzung der Partei eine attraktive Alternative zu den Enttäuschungen der letzten Jahre sehen: Nidaa Tounes verspricht po-



BÉJI CAÏD ESSEBSI

Er war Außen- und Inneminister unter Bourguiba, Parlamentspräsident unter Ben Ali und 2011 Übergangspräsident. Führte einen aggressiven Wahlkampf gegen die »islamistische Bedrohung«. Der Präsidentschaftskandidat steht für die Rückkehr der alten Eliten sowie für Kontinuität, Erfahrung und Stabilität und gibt sich als Vater der Nation.



MONCEF MARZOUKI

Der Arzt und Menschenrechtler wurde 2011 nach zehn Jahren im Exil zum Interimspräsidenten gewählt. Kritiker, darunter frühere linke Weggefährten, werfen ihm vor, er sei eine Marionette der Islamisten. Als Kandidat präsentiert er sich als Mann des Volks und betont, die Bekämpfung von Armut und Diktatur seien wichtiger als ideologische Grabenkämpfe.



RACHID GHANNOUCHI

Im Wahlkampf präsentiert der Vorsitzende von Ennahda seine Partei als Partei des nationalen Konsenses, die eine moderat islamische Politik vertritt – auch in einer möglichen großen Koalition mit dem politischen Gegner Nidaa Tounes. Im sich zuspitzenden Präsidentschaftswahlkampf rief er die Kandidaten Essebsi und Marzouki zur Besonnenheit auf.

MAI/JUNI 2012

In Jendouba, einer Kleinstadt in Nordtunesien, greifen hunderte Salafisten Bars, Spirituosgengeschäfte und eine Polizeistation an. Eine Kunstausstellung führt ebenfalls zu Auseinandersetzungen. Ein Demonstrant stirbt.

12. AUGUST 2012

Tausende protestieren in Tunis gegen Formulierungen im Verfassungsentwurf, die Frauen als »Ergänzung des Mannes« bezeichnen und ihre Gleichstellung vor dem Gesetz rückgängig machen wollen.

30. NOVEMBER 2012

In der Kleinstadt Siliana demonstrieren Tausende für die Schaffung von Arbeitsplätzen. 220 Menschen werden in Auseinandersetzungen mit der Polizei verwundet.

6. FEBRUAR 2013

Der Oppositionspolitiker Chokri Belaid wird vor seinem Haus erschossen; es folgen die größten Demonstrationen seit der Revolution. Premierminister Jebali verspricht, die Regierung aufzulösen, um bis zu den Wahlen für Ruhe zu sorgen – seine Partei entschließt sich jedoch dagegen. Als eine Regierungsumbildung scheitert, tritt Jebali zurück. Nachfolger wird Innenminister Ali Larayedh.

25. JULI 2013

Oppositionsführer Mohammed al-Brahmi wird vor seinem Haus erschossen. Großdemonstrationen und ein Generalstreik fordern erneut den Rücktritt der Regierung. Larayedh kündigt Neuwahlen im Dezember 2013 an, die später auf Ende 2014 verschoben werden. In Tunis demonstrieren Zehntausende für die Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung.

28. SEPTEMBER 2013

Ennahda und ihre Koalitionspartner stimmen der Bildung einer parteilosen Interimsregierung zu, die bis zu den Neuwahlen Bestand haben soll. Die Verhandlungen über die neue Regierung werden von Demonstrationen und Gewalt überschattet. Erst im Dezember gelingt die Einigung auf Mehdi Jomaa als Übergangspräsident, im Januar übernimmt er die Geschäfte.

litische Erfahrung und Stabilität. Das ist nicht wenig in einer Zeit, in der alltägliche Probleme wie die nicht funktionierende Müllabfuhr und eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit die Nostalgie für das alte Regime nähren. Zu Zeiten Ben Alis galt die Armut als besiegt und die Bevölkerung zählte zu 70 Prozent zur Mittelklasse. Zwar hatten neoliberale Reformen das Land seit den 1990er Jahren stark verändert, durch Privatisierungen, eine Rücknahme von Subventionen sowie den Verkauf von Grund und Boden an ausländische Investoren. Wichtige Wirtschaftszweige wurden von Angehörigen und Freunden der Herrscherfamilie dominiert, Korruption war allgegenwärtig. Ein unausgesprochener Pakt versprach der Mittelschicht jedoch materiellen Wohlstand, wenn sie das politische System nicht in Frage stellte. Dieser relative Wohlstand verdeckte freilich große regionale Unterschiede, was Arbeitsplätze und Infrastruktur angeht; dies erklärt auch, weshalb die Revolution in einer benachteiligten Region im Innern des Landes und nicht an der relativ wohlhabenden Küste ihren Anfang nahm.

Seit der Revolution hat sich diese Konfiguration nicht grundlegend geändert. Laut einem Bericht der Weltbank sind die wirtschaftspolitischen Strukturen des alten Regimes weiterhin präsent und verhindern Investitionen sowie einen freien Wettbewerb und damit eine Erholung der Wirtschaft. Auch in der Peripherie hat sich die wirtschaftliche Lage seit dem Umsturz nicht verbessert, stattdessen sind durch den Zustrom von Flüchtlingen infolge des Bürgerkriegs in Libyen die Preise für Lebensmittel in die Höhe geschossen. Die Enttäuschung über den mangelnden wirtschaftlichen Fortschritt äußerte sich in heftigen Protesten, gar einer »Sezession« der Kernzelle der Revolution Sidi Bouzid, rund 300 Kilometer südsüdwestlich von Tunis tief im Landesinnern, wo selbstverwaltete Institutionen den Gouverneur, Delegierte und andere Beamte der Zentralregierung ersetzen, bis diese abgetreten ist. Die Enttäuschung über die Politik spiegelt sich auch in der Wahlbeteiligung: In Sidi Bouzid lag diese landesweit mit knapp 60 Prozent am niedrigsten.

In diesem Kontext erscheint Nidaa Tounes, deren Führung sich aus der traditionellen Elite der Küstenstädte rekrutiert, als Garant für politisches Know-how.

Dass die Partei sehr vom Charisma ihres mittlerweile 88-jährigen Vorsitzenden Essebsi abhängt und – anders als etwa Ennahda – intern wenig demokratisch ist, scheint die Wähler dabei kaum zu stören. Auch nicht, dass beide Parteien hinsichtlich der ökonomischen Ausrichtung wenig unterscheidet: Sie stehen für eine marktliberale Wirtschaftspolitik ohne größere Umverteilungsambitionen – und grenzen sich höchstens durch den jeweiligen Investorenkreis, den sie ansprechen, voneinander ab.

Kritiker von Nidaa Tounes befürchten, dass die Partei, einmal an der Macht, in das alte Muster des starken Mannes zurückfallen und im Namen der Sicherheitspolitik Islamisten und andere politische Gegner aus dem politischen Leben verdrängen könnte. Angesichts des Personenkults um Essebsi scheint fraglich, ob die heterogene Partei von »Bajbouj« langfristig überhaupt bestehen bleibt oder sich schon bald im politischen Streit oder im Falle seines Ablebens auflösen wird.

Die zeitlich versetzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen führten zu einer langen Wahlkampfperiode, in der teilweise mit harten Bandagen gekämpft wurde. Während Ennahda sich als moderate Partei der nationalen Versöhnung gab, die auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten verzichtete, wurde Essebsi nicht müde, das Schreckgespenst der Islamisierung der Gesellschaft heraufzubeschwören und jede Stimme gegen ihn als Stimme für die Islamisten zu brandmarken. Gut möglich, dass dies lediglich Wahlkampfgetöse von Nidaa Tounes ist und es am Ende trotzdem zu einer gemeinsamen Regierungsbildung mit Ennahda kommt.

Welches Ergebnis auch immer die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen bringen werden, der Denktzettel für Ennahda in den Parlamentswahlen war deutlich. Dass sie die Niederlage ohne Wenn und Aber akzeptierte, bedeutet aber einen Sieg für die Demokratie, und das wird sich am Ende auch in einen Sieg für Ennahda selbst verwandeln: Denn anders als die mittlerweile verbotene Muslimbruderschaft in Ägypten bleibt Ennahda ein Akteur im politischen Spiel – sei es als Oppositionspartei oder als Teil einer großen Koalition mit Nidaa Tounes. •

Alltagsprobleme und eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit nähren die Nostalgie der Tunesier für das alte Regime

26. JANUAR 2014

Die Verfassungsgebende Versammlung ratifiziert fast einstimmig die Verfassung, die sie erarbeitet hat. Als Quelle der Gesetzgebung nennt diese nicht den Islam, wie es die Forderung der Islamisten war, stattdessen wird der Wille des Volkes als oberste Macht definiert. Frauen und Männer sind vor dem Gesetz gleich,

Diskriminierung ist verboten. Die Meinungsfreiheit wird geschützt, jedoch an entscheidenden Punkten eingeschränkt: Verboten sind sowohl Angriffe auf das »Heilige« als auch die Praxis, andere zu Ungläubigen zu erklären – der so genannte Takfir.

5. MÄRZ 2014

Präsident Marzouki hebt den Ausnahmezustand auf, der seit Januar 2011 gegolten hatte.

17. JUNI 2014

Die Journalistin und Menschenrechtlerin Sihem Bensedrine wird zur Präsidentin der Instance Vérité et Dignité gewählt. Die 15-köpfige Wahrheitskommission wird alle hohen Amtsträger auf Verstrickungen in Verbrechen unter dem Ben-Ali-Regime überprüfen. Sie nimmt ihre Arbeit im Dezember auf.

17. JULI 2014

Bei einem Anschlag einer militant islamistischen Gruppe in der Nähe des Bergs Chambi im Westen des Landes sterben 14 tunesische Soldaten. Die Armee versucht seit Ende 2012, das dortige Rückzugsgebiet nordafrikanischer Dschihadistengruppen auszuheben.

OKTOBER/NOVEMBER 2014

Am 26. Oktober sowie am 23. November stimmen die Tunesier über das neue Parlament und den neuen Präsidenten ab. Die Wahlbeteiligung liegt bei 69 beziehungsweise 62 Prozent. Da bei der Präsidentschaftswahl kein Bewerber die absolute Mehrheit erreicht, kommt es am 28. Dezember (nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe) zu einer Stichwahl zwischen Essebsi (39 Prozent der Stimmen) und Marzouki (33 Prozent).